



MITTAGSPOST

29.05. Ausgabe 11/2020

Fraktion

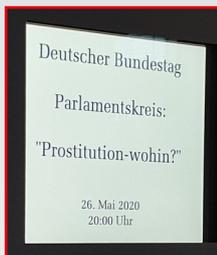
Natürlich beschäftigen uns in der Fraktion auch weiterhin die Folgeerscheinungen der Corona-Krise. Einig waren wir uns darin, dass die Kommunen jetzt gestärkt werden müssen. Daher unterstützen wir den Plan von Olaf Scholz für einen [Solidarpakt für Kommunen](#), um die krisenbedingten Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer auszugleichen und um einmalig die am stärksten belasteten Kommunen von ihren Altschulden zu entlasten. Das ist die Grundlage, damit in den Städten und Gemeinden wieder investiert werden kann - in Schulen und Kitas, in Sportanlagen, Schwimmbäder und kommunale Gebäude. In den Kommunen wird deutschlandweit am meisten investiert. Auf diesem Weg gelingt der Neustart aus der Krise. Außerdem Thema jetzt kurz vor der Ferienzeit: **Wohin reisen während der Pandemie?** Heiko Maas hat uns auf den neuesten Stand der Möglichkeiten gebracht. Die Reisewarnung wird, wie in der Presse berichtet, ab dem 15. Juni auslaufen und es wird nur noch Reisehinweise geben. Derzeit wird ein Kriterienkatalog erarbeitet mit Ländern, die gerne deutsche Touristen beherbergen möchten. Darin enthalten sind Vereinbarungen darüber, was passiert, wenn sich deutsche Touristen infizieren, oder es auf einmal Hotspots gibt. Wie mit Drittländern umgegangen wird, ist derzeit noch unklar. Im Moment wird vor allem mit der EU und assoziierten Ländern zusammengearbeitet, doch besonders aus Ägypten und der Türkei kommt großer Druck, Vereinbarungen zu schließen.

Plenum

Hier zu den aus meiner Sicht wichtigsten Gesetzen, die diese Woche im Plenum debattiert wurden: **Außerklinische Intensivpatientinnen und -patienten** sollen auch in Zukunft selbst entscheiden können, wie und wo sie leben möchten. Mit dem Regierungsentwurf eines Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetzes respektiert die Bundesregierung diese Wahlfreiheit. Erstmals werden Vorgaben für die Pflege zu Hause gemacht. Einzelne Streitpunkte mit Behindertenverbänden und auch der Union gibt es noch und diese werden bis zur nächsten Anhörung verhandelt. Auch die **Steuerpolitik** muss während der Corona-Pandemie helfen, die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren und Beschäftigung zu sichern. Dazu wurde in dieser Woche das „[Corona-Steuerhilfegesetz](#)“ in den Bundestag eingebracht. Auf 7 Prozent wird die Mehrwertsteuer für Speisen in Gaststätten befristet bis Mitte 2021 abgesenkt und die Aufstockungsbeiträge zum Kurzarbeitergeld werden von der Steuer befreit. Zudem wird die Lohnfortzahlung für erwerbstätige Eltern bei fehlender Kinderbetreuung verlängert. Die Umsetzung der **europarechtlichen Vorgaben zum Schutz der Gewässer** wurde diese Woche abschließend beraten. Nitrat-Verunreinigung droht, wenn Gülle an Ackerflächen mit Hanglage verteilt wird und diese dann hangabwärts in Bäche oder Seen gelangt. Die bislang ergriffenen Maßnahmen waren nicht ausreichend.

Parlamentskreis Prostitution

Wie können wir Prostituierte besser vor Ausbeutung und Zwang schützen? Diese Frage stand erneut im Mittelpunkt eines hochinteressanten fraktionsübergreifenden Abends zum Thema gesetzliche Regelungen und praktische Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes. Inputs gegeben haben ein Fachkommissariats- und Ermittlungsleiter eines erfolgreich verlaufenden Großverfahrens gegen Zwangsprostitution und eine Prostituierte, die gerade aussteigt. Sehr beeindruckend. Und zielführend: Wir brauchen diese Praxischecks, um gesetzlichen Nachbesserungsbedarf zu klären, der ohne Frage ganz massiv besteht.



Treffen Weseranrainer

Wir SPD-Bundestagsabgeordneten der Weseranrainer haben uns erneut getroffen und den Sachstand des Masterplan Salzreduzierung 2015-2021 erörtert. Die Einleitung kann offenbar bis 2021 nicht beendet werden. Die Weser-



ministerkonferenz im Aug. 2020 wird sich mit dem weiteren Vorgehen auseinandersetzen

Küstengang

Hier haben wir die schwierige Situation der Häfen und Werfen erörtert, die durch die Pandemie und deren weltweiten Auswirkungen noch verschärft wurde. Wir haben ein Papier entworfen „Rettung der deutschen Werftstandorte“ auch mit dem Fokus auf die bisherigen Hilfen und des anstehenden Konjunkturpaketes.

Ernährung & Landwirtschaft

Auch mal an die Schafe denken: Den Vorsitzenden der Vereinigung Deutscher Landschafzuchtverbände (VDL), Alfons Gimber und dessen Geschäftsführer Dr. Stefan Voell hatte ich diese Woche zum Gespräch in den Bundestag eingeladen. Die Schafhaltung hat in Deutschland schon länger einen schweren Stand. Die Corona-Krise belastet die Betriebe nun zusätzlich, da Wolle und Felle, die bisher kaum Einnahmen brachten, gar nicht mehr abgenommen werden und nun sogar Entsorgungskosten verursachen. Das Fleisch, aus dessen Verkauf bis zu 40 Prozent des Einkommens generiert wurde, wird in der Krise zwar im Direktverkauf vermehrt nachgefragt, dafür bricht aber der Absatz über den Handel und die Gastronomie ein.



Mit Dr. Stefan Voell (r.) und Alfons Gimber im Paul-Löbe-Haus. Inhaltlich nah, aber sonst schön auf Abstand.

Ein weiteres Problem stellt der Umgang mit dem Wolf dar. Der VDL stellt dessen Rückkehr nicht in Frage, aber er fordert klare und schnelle Regelungen mit zeitnaher Umsetzung bei Übergriffen von Wölfen auf Schafherden. Bis dahin können noch viele weitere Schafe getötet werden und immer mehr Mitglieder eines Wolfsrudels ahmen das Verhalten nach. Es wurde sehr begrüßt, dass der Bund nachgebessert hat und dass Niedersachsen unter Umweltminister Olaf Lies als erstes Bundesland die Wolfverordnung anpassen wird, um die Schafhaltung und mit ihr den Biotop- und Deichschutz auch in Zukunft sicherzustellen.